

## PRESSEMITTEILUNG

### **Gewalt gegen Einsatzkräfte und Mandatsträger: SSGT begrüßt Vorschläge der Ministerien**

Am 28. Februar 2020 fand im Ministerium der Justiz ein Runder Tisch zum Thema Gewalt gegen Einsatzkräfte und Mandatsträger statt. Innenminister Bouillon und Justizstaatssekretär Theis stellten den Teilnehmern neue Maßnahmen bei Gewalt gegen Einsatzkräfte, Amts- und Mandatsträger vor.

Unter anderem sieht der Maßnahmenkatalog vor, dass es bei derartigen Taten grundsätzlich nicht mehr zur Verweisung auf den Privatklageweg kommen soll. Hierzu dient eine Richtlinie des Generalstaatsanwalts, die bei den genannten Straftaten gegen Personen, die im Einsatz für das Gemeinwohl tätig sind, das öffentliche Interesse an der Strafverfolgung bejaht. Zudem soll ab dem 1. März 2020 das sog. beschleunigte Verfahren bei der Staatsanwaltschaft Saarbrücken verstärkt zur Anwendung kommen. Dies dient dem Ziel, den Zeitraum zwischen Tat und Strafe zu verkürzen und dadurch das unmittelbare Eingreifen des Staates zu verdeutlichen. Daneben soll es bei der Staatsanwaltschaft einen Sonderansprechpartner für Rettungskräfte, Mandats- und Amtsträger geben.

Der Präsident des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Bürgermeister Hermann Josef Schmidt, Tholey, und sein Stellvertreter, Oberbürgermeister Jörg Aumann, Neunkirchen begrüßen das neue Maßnahmenpaket ausdrücklich. Es macht nicht nur für Hilfs- und Rettungskräfte, sondern auch für die kommunalen Amts- und Mandatsträger deutlich, dass der Staat sich hinter sie stellt und sie auch in kritischen Situationen nicht allein lässt. Dies ist für den Zusammenhalt unseres Gemeinwesens wichtig, da der genannte Personenkreis immer häufiger von verbaler und/oder physischer Gewalt betroffen ist, ergänzt die Geschäftsführerin des Saarländischen Städte- und Gemeindetages, Barbara Beckmann-Roh.

*Saarbrücken, 4. März 2020*